



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

F/X/50 - 1.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Echo in Ostberlin	S. 1
Die Londoner Abrüstungskonferenz	S. 3
Seit drei Monaten Schweigen um die Autobahn- Räuber	S. 5
Ein Presseteel am Petersberg	S. 5

Pankow sucht Vorteile aus dem Bonner Vertrag

E.Z., Berlin

Das Abstimmungsergebnis im Bundestag über die Pariser Verträge hat in Pankow natürlich nicht überrascht. Die "Volkskammer" war bereits vorher auf den 2. März zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufen worden. Und sicher ist es auch kein Zufall, daß in diesen, für die gesamtdeutsche Politik so schicksalsschweren Tagen der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident Mikojan die Leipziger Messe zum Anlass eines Besuches in Pankow nahm.

Auffällt zunächst, dass sich die Reaktion Pankows keineswegs in jener bekannten Anklagen des "nationalen Verrats" und den Drohungen gegen die Befürworter der Pariser Verträge erschöpft, zu denen niemand weniger berechtigt ist als die SED und die Pankower Regierungselite. Aber die Entscheidung des Bundestages gibt ihr die Möglichkeit, sich fälschlicherweise als Vorkämpferin der deutschen Einheit aufzuspielen: Sie verknüpft den Satz Molotows, die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands als eines "wirklich friedliebenden, demokratischen Staates" dürfe nicht von der Tagesordnung der internationalen Politik abgesetzt werden, mit der Ankündigung, nun Maßnahmen "zum eigenen Schutz" treffen zu müssen. Das ZK (Zentralkomitee) der SED könnte der Adenauer-Regierung dafür danken, ihm eine so gute Startmöglichkeit für die Intensivierung

seiner angeblichen "Einheitspolitik" gegeben zu haben,

In dem SED-Echo auf die Bonner Entscheidung stehen zwei Fragen im Mittelpunkt längerer Ausführungen: Einmal die Behauptung, Westdeutschland sei jetzt zu einer "Kolonie der USA-Imperialisten" gemacht worden und zum anderen, Bonn habe jetzt den "nationalen Verrat" besiegelt. Während die erste These der SED und ihren Tarnorganisationen im Westen als Plattform dafür dienen soll, die Unruhe in breiten Schichten der Bevölkerung der Bundesrepublik für sich zu monopolisieren und auszunutzen, soll mit der Anschuldigung des "nationalen Verrats" die verzweifelte Stimmung der Sowjetzonenbevölkerung geschickt aufgefangen werden. In der großen Enttäuschung weiter Kreise der deutschen Bevölkerung östlich der Elbe über den verhängnisvollen Weg des Bundestages hofft das SED-Regime einen brauchbaren Ansatzpunkt für seine Absicht zu finden, den Widerstandgeist in der Zone, der bisher auch durch den größten SED-Terror nicht getrochen werden konnte, auszuhöhlen.

Schon einen Tag nach der Bonner Entscheidung zeigt sich also, welche Chancen Pankow für sich und seine Politik nun wittert: Die verschärfte Isolierung der Zone vor dem deutschen Westen. Sie wird in der SED-Presse als "Festigung der DDR" angekündigt. Diese Gefahr war freilich als Folge der Annahme der Pariser Verträge in Bonn mit Händen zu greifen.

Wenn die hinter der Adensauer-Regierung stehenden politischen Kräfte heute für das SED-Regime und seiner propagandistischen Linie völlig gefahrlos geworden sind, so fürchtet die SED aber umso mehr die Sozialdemokratie. Von ihr weiß sie, dass ihr Wiedervereinigungswille ebenso unbeugsam ist, wie ihre Entschlossenheit, unter keinen Umständen irgend ein kommunistisches oder totalitäres Vorzeichen vor einem vereinigten Deutschland hinzunehmen. Deshalb versucht das erste Pankower Echo auf Bonn die SPD erneut zu diffamieren und eine historische Schuld der SPD mit der Behauptung aufzustellen, sie sei an der Ratifizierung der Verträge schuld (!), weil sie "die Hand" der Arbeiterorganisationen der DDR ausgeschlagen habe...

Das SED-Regime hat allerdings auch allen Grund, in der deutschen Sozialdemokratie seinen Hauptfeind zu sehen, denn bei der Wiedervereinigungspolitik, wie sie die SPD mit Konsequenz verfolgt, hat die kommunistische SED keine Chance zu überleben.

Disharmonischer Auftakt

E.A., London

Die Fünf-Mächte-Abrüstungskonferenz, die in London als eine Tagung des Unterausschusses der Abrüstungskommission der UN am 25. Februar begonnen hat, steht unter ungünstigen Vorzeichen. Die Binsenwahrheit, dass seit Erscheinen der Wasserstoffbombe nur noch Weltabrüstung überhaupt Sicherheit gewähren kann, scheint nur erst in die Hirne der "kleinen Leute" eingedrungen zu sein. Die Regierungen tun so, als ob alles beim Alten sei und man das Spiel der ergebnislosen Konferenzen ohne Ende weiterspielen dürfe. Jede scheint den Druck der Weltmeinung nur zur Rechtfertigung des eigenen Standpunktes und zur Überspielung des Gegenspielers ausnützen zu wollen.

Die vorige Londoner Abrüstungskonferenz scheiterte daran, dass der sowjetrussische Vertreter "alix darauf bestand, dass zuerst alle A- und H-Waffen geächtet, die Bestände vernichtet werden müssten, ehe man ein System internationaler Kontrolle zur Überwachung der Beschlüsse besprechen könne. Angesichts der russischen Überlegenheit an konventionellen Waffen beharrten die westlichen Mächte auf ihrem Standpunkt: Erst internationale Kontrolle, unter ihrer Überwachung Herabsetzung aller Rüstungen, also der konventionellen und der nuclearen Waffen. Immerhin endete die Konferenz am 22. Juni 1954 nicht mit gegenseitigen Anschuldigungen, sondern mit der Feststellung, dass man nützliche Vorarbeiten für weitere Abrüstungsgespräche geleistet habe.

Im November schien ein Wendepunkt in der sowjetischen Haltung bevorzustehen. Der verstorbene Wyshinski machte damals in einer UN-Versammlung eine Andeutung, wonach die Sowjetunion ihre Forderung fallen lasse, dass ein sofortiger und bedingungsloser Ramm der Atomwaffen der Herabsetzung der konventionellen Rüstungen vorausgehen müsse. Diese Formel war in den Augen der Westmächte der nur schlecht verschleierte Versuch der Sowjetunion gewesen, ihre Überlegenheit an Mannschaften und konventionellen Waffen unter allen Umständen

1.3.1955

den zu bewahren. Der Weg zu neuen Verhandlungen war eröffnet. Inzwischen allerdings hat Malenkov Bulganin Platz machen müssen. Die neue Abrüstungskonferenz in London, die erste internationale Veranstaltung nach dem Moskauer Personenwechsel, wurde damit zum Prüfstein der Gesinnung der neuen Männer im Kreml.

Schon die Ankündigungen des Moskauer Rundfunks und der Sowjetpresse vor der Eröffnung der Konferenz waren entmutigend. Während man von westlicher Seite bemüht ist, die Verhandlungen vertraulich zu halten und so wenig wie möglich über ihren Gang in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, durchbrachen die sowjetischen Delegierten die von der UN-Abrüstungskommission aufgestellten Richtlinien von Anfang an. Schon am Sonnabend, den Tage nach der Eröffnung, brachte der "Daily Worker" die in der geschlossenen Sitzung gehaltene Rede des sowjetischer Hauptdelegierten Gromyko in ziemlicher Ausführlichkeit.

Gromyko's Abrüstungsplan fordert:

1. Vernichtung aller Atom- und Wasserstoff-Bomben Vorräte.
2. Verwendung aller atomaren Materialien für friedliche Zwecke.
3. Alle Mächte sollen sich als ersten Schritt zur Abrüstung verpflichten, den Umfang ihrer Streitkräfte nicht über den Stand vom 1. Januar 1955 zu vergrößern.

Dann, so fügte Gromyko hinzu, sollen internationale Kontrollen geschaffen werden, die garantieren, dass die vorstehenden Beschlüsse ausgeführt werden. Schließlich betrachte die Sowjetunion es als unerlässlich, dass eine Weltabrüstungskonferenz noch vor Ende dieses Jahres einberufen werde.

Großbritannien würde nichts gegen die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz haben, vorausgesetzt natürlich, dass die Konferenz in Lancaster House zu greifbaren Ergebnissen kommt. Allerdings halten es britische Regierungskreise für zwecklos, eine Weltkonferenz abzuhalten, um dort in breitester Öffentlichkeit einen Strom von Sowjetpropaganda über sich ergehen zu lassen.

Die Londoner Konferenz scheint somit schon festgefahren, ehe sie noch richtig begonnen hat. Wahrscheinlich wird sie sich einige Wochen hinschleppen. Sehr wahrscheinlich werden Gromyko und Malik sie zu weiterem Propagandafeuerwerk benützen, dem dann die westlichen Vertreter mit ihnen günstigen Indiskretionen aus den Verhandlungssaal begegnen werden. Wenn nicht alle Vorzeichen trügen, wird die Gesinnungsprobe der neuen Männer im Kreml mit der Feststellung enden: "Im Osten nichts Neues" - und die Weltmeinung, die sich hinter Konferenztüren nicht zur Geltung bringen konnte, wird weiter darauf warten, dass die Positionen der Stärke der Stimme der Vernunft weichen werden. * * *

Haben die Autobahn-Gangster überhaupt existiert?

Man schreibt uns aus dem Ruhrgebiet:

Seit der Großaktion des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, gegen die "Autobahn-Gangster" sind drei Monate vergangen, ohne dass der Minister sich in der Lage sah, der Öffentlichkeit von dem Erfolg seiner Sondermaßnahmen, die schließlich zwei Menschenleben und einen Verletzten forderten, zu berichten. Man ist der Autobahn-Gangster nicht habhaft geworden, ja man neigt in einschlägigen Kreisen dazu, ihre Existenz zu bezweifeln und allen Ernstes die Frage zu prüfen, wer eigentlich wem in jenen November-Wochen verrückt gemacht hat, etwa die Presse Polizei und Öffentlichkeit oder aber die Polizei die Presse und die Öffentlichkeit.

Die Autobahngangstereien hörten schlagartig auf, als es vor allem der Düsseldorfer Kriminalpolizei gelang, den Überfall auf einen Tankstellenwart und einen belgischen LKW-Fahrer als Fiktionen zur Vertuschung von Kassendefiziten aufzuklären. Wie verlautet, haben eine Reihe weiterer Fälle, abgesehen von dem des Kölner Taxifahrers, einer eingehenden Nachprüfung nicht standgehalten.

Es darf also mit einigem Recht die Frage gestellt werden, ob die Polizei bei den ersten Meldungen nach dem alten Erfahrungssatz der Kriminalistik vorgegangen ist, erst einmal zu prüfen, ob überhaupt ein Verbrechen stattgefunden hat. Weist nicht gerade die übereinstimmende Beschreibung des Hergangs der Tat durch die Opfer auf die Möglichkeit hin, dass weitere "Opfer" sich dieser durchaus nicht unintelligenten Darstellung angeschlossen haben? Autodiebstähle kommen bedauerlicherweise sehr häufig vor, sind aber zum Teil Delikte motorbesessener Jugendlicher. Andererseits sind die nächtlichen Autobahnen auf weiten Strecken sehr einsam und damit prädestiniert zum Schauplatz echter oder vorgetäuschter Verbrechen. Bemerkenswerter Weise konnten die fingierten Überfälle, die nicht auf die Autobahn verlegt wurden, am schnellsten geklärt werden.

Ist der Minister, so kann man fragen, damals nicht selbst das Opfer der Sensation der Zahl geworden? Ein oder zwei Überfälle unter ähnlichen Umständen ziehen noch nicht viel Aufmerksamkeit auf sich, bei drei ähnlichen Ereignissen wird die Sache interessant und bei vier ist die prickelnde Sensation fertig.

* * *
Vom Umgang mit Kaisern.

k. Rheinterasse des Peterberghotels bei Bonn: Persiens bezauberndes Kaiserpaar ist vor der großartigen Kulisse des sonnenüberglänzten und tiefverschneiten Rheintales Gast der Presse. Der Schah-in-Schah: kein Bilderbuch-Monarch, aber ein sympathischer junger Herrscher in einfacher kaki-Uniform. Die Kaiserin, die die

westdeutsche Bevölkerung zu "Soraya"-Sprechchören begeisterte: eine junge und sympathische Frau von großem Scharm, in schlichtem 5-Uhr-TEE-Dress. Hätte Bonns Pressebürokratie ihren Tribut nicht in einem zarten Blumenstrauß symbolisieren können? Möglicherweise stehen Blumen bei Pressetees nicht im Protokoll - aber was war bei diesem Tee schon vom Protokoll übriggeblieben?

An dem Tischehen rund um den Kaisertisch saßen die Angestellten des Regierungspreseeamtes, die eingeladenen Journalisten des In- und Auslandes schlossen sich an. Sie sahen und hörten nicht viel. Das zweifellos elegante Französisch des Regierungspreseechefs ging ebenso wie die französische Antwort des Kaisers in fortdauernden Surren der Wochenschauapparate unter. Leutsprecher stehen wahrscheinlich nicht im Protokoll.

Peinliche Minuten lang sah man um das Kaiserpaar herum nur einen Eisernen Vorhang von Blitzlichtern und Kameras, nicht nur von Bildagenturen, was verständlich ist, sondern auch von privaten Bildjägern. Jedem einmal eine eigene Aufnahme von Riza Pahlawi und Soraya - so gemütlich-vertraut ging es am Petersberg zu. Der Mikrofon-Aufbau vor dem Schah-in-Schah störte offensichtlich die Wochenschauaufnahmen. In einer Verschnaufpause tönte daher aus der Kammerburg der Ruf durch den Raum: "Nimm doch dem Kaiser den Topp von die Nase weg!" Es ging kein Engel durch den Saal.

Dann Fragestunde mit Kaisers. Schriftlich vorgelegte Fragen, durch Regierungspreseeamt und Protokoll vorgeseiht, Es wurde in hoher Politik gemacht. Vorgeseiht also auch dieser Tritt in der Fettnapf: "Wird sich der Iran dem türkisch-iranischen Freundschaftspakt anschließen?" Der Schah-in-Schah bittet, man möge Verständnis dafür haben, dass er dieses Problem erst nach seiner Rückkehr in seine Heimat mit seiner Regierung besprechen möchte. Frage an die Kaiserin: Sie möge doch den Aufbau des persischen Schulsystems darlegen. Die Möglichkeit, diese Frage gelegentlich dem Kulturattaché der persischen Gesandtschaft vorzulegen, war übersehen worden. Man mußte warten, bis die Kaiserin auf den Petersberg kam.

Kaiserin Soraya revanchierte sich mit bestrickender Lebenswürdigkeit, gerichtet an das deutsche Volk, vorgetragen in akzentfreiem Hochdeutsch. Noch als das Herrscherpaar die Rheinterasse verließ, lächelte sie, obwohl, nach diesem Pressetea, wirklich kein Grund für so hartnäckige Freundlichkeit gegeben war.